

Anke Schöb

## Familien- und kinderfreundliche Stadt Ergebnisse der Bürgerumfrage 2005



Leitziel „Kinderfreundliches Stuttgart“

Unter dem Leitbild „Kinder willkommen“ setzt sich die Landeshauptstadt Stuttgart das ehrgeizige Ziel, kinderfreundlichste Großstadt in Deutschland zu werden. Die hierfür formulierten Leitsätze des Arbeitsprogramms „Kinderfreundliches Stuttgart“ beziehen sich auf eine bessere Ausgestaltung der Lebenswelt von Kindern sowie eine Stärkung von Anreizsystemen, die den Übergang zur Elternschaft erleichtern sollen. Neben der verstärkten Förderung von bildungsbezogenen Angeboten und Einrichtungen wie beispielsweise der Verbesserung der Sprachfähigkeiten bei allen Kindern steht auch die Etablierung eines kinderfreundlicheren und kindersicheren Wohnumfeldes. Ebenso sind die Weiterentwicklung der Gesundheitsvorsorge und eine verbesserte Ernährung der Kinder wesentliche Eckpunkte des Arbeitsprogramms. In allen Bereichen wird die aktive Einbindung von Kindern an der Umsetzung von Maßnahmen und der Umstrukturierung von Einrichtungen als ein wesentlicher Teil gesehen. Einen weiteren Kernbereich bilden die Generationenbeziehungen und die Etablierung von infrastrukturellen Angeboten wie Generationenhäuser, die den Austausch zwischen jüngeren und älteren Menschen ermöglichen. Damit wird unterstrichen, dass Kinderfreundlichkeit nicht nur als ein gemeinsamer Gestaltungsprozess der Beteiligten, sondern immer auch generationenübergreifend zu verstehen ist.

188

Hintergrund - Demografische  
Entwicklung

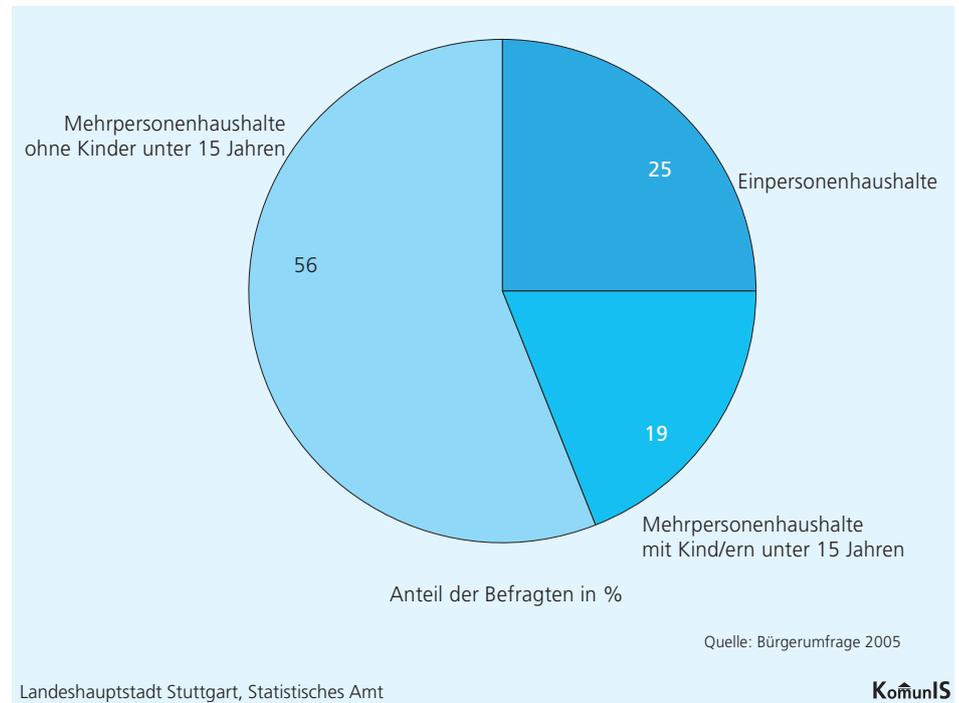
Die genannten Bestrebungen zu einer familien- und kinderfreundlichen Stadt sind eingebettet in den allgemeineren Rahmen der gesellschaftspolitischen Diskussion um das demografische Altern und seine Folgen. Wesentliche Ursache für das demografische Altern ist ein seit längerem bestehender Rückgang der Geburtenraten bei einer gleichzeitigen Verlängerung der allgemeinen Lebenserwartung. Vor diesem Hintergrund erweist sich die Diskussion um Familien- und Kinderfreundlichkeit als ein Ziel zur Verbesserung von Anreizsystemen, die den Übergang zur Elternschaft erleichtern und eine kindgerechtere Umwelt ermöglichen sollen, um somit der derzeitigen demografischen Entwicklung entgegenzusteuern.

Der nachfolgenden Analyse liegt die Stuttgarter Bürgerumfrage 2005 zugrunde, die seit 1995 alle zwei Jahre durchgeführt wird und Meinungs- und Einstellungsbilder der Stuttgarter Bevölkerung widerspiegelt. Die Erhebung basiert auf einer zufälligen Auswahl von Personen aus der Einwohnermeldedatei, die über 18 Jahre alt sind und ihren Hauptwohnsitz in Stuttgart haben. Im Mittelpunkt der Befragung stehen neben Angaben zur Lebensqualität in Stuttgart auch Fragen zur Kommunalpolitik und Stadtverwaltung. Einzelne erfragte Themen schließen auch familien- und kinderbezogene Aspekte ein, die nachfolgend untersucht werden. Im Vordergrund steht zum einen die Analyse der Problemwahrnehmung von Befragten mit minderjährigen Kindern unter 15 Jahren. Als Vergleichsgruppen dienen hier die Gesamtbevölkerung und Befragte ohne Kinder im Haushalt<sup>1</sup>. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Analyse der städtischen Haushaltsausgaben und die Einbettung von familienbezogenen Ausgaben.

In welcher Haushaltsform leben die Befragten der Stuttgarter Bürgerumfrage? Mehr als die Hälfte der Befragten lebt in einem Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder unter 15 Jahren (56 Prozent). 19 Prozent der Befragten leben in einem Haushalt mit Kin-

dern unter 15 Jahren und ein Viertel der Befragten leben alleine (vgl. Abbildung 1). Für die Analyse von Lebenssituationen ohne Kinder werden die Einpersonenhaushalte und Mehrpersonenhaushalte ohne Kind(er) unter 15 Jahren zusammengefasst.

**Abbildung 1:** Leben in Haushaltsformen 2005



### Zur Bedeutung von Familie und Kindern in der Stuttgarter Bevölkerung

Der Stellenwert, die der Familie und Kindern in der Stuttgarter Bevölkerung beigemessen wird, ist in Abbildung 2 dargestellt. 94 Prozent der Befragten geben an, dass die Familie und eigene Kinder sehr wichtig bzw. wichtig für sie ist. Die hohe Bedeutung von Familie und Kindern gegenüber anderen Lebensbereichen ist am hohen Anteil von Befragten sichtbar, die angeben, dass dieser Bereich „sehr wichtig“ für sie ist (76 %). Die Bereiche „Freizeit und Erholung“, „Beruf und Arbeit“ sowie „Freunde und Bekannte“ werden zwar von der überwiegenden Mehrheit auch als wichtig erachtet, aber gegenüber „Familie und Kindern“ sind die Anteile „sehr wichtig“ deutlich niedriger.

#### Hoher Stellenwert von Familie und Kindern in der Stuttgarter Bevölkerung

Die eigene Familie, wie auch Freunde und Bekannte, werden auch als wichtiger gegenüber der Verwandtschaft eingestuft, was ein Hinweis darauf ist, dass Familien- und Freundschaftsnetze einen größeren Bereich von persönlichen Bedürfnissen abdecken als verwandtschaftliche Beziehungsnetze. Die Bereiche Politik und Religion zählen zu den Bereichen, die von den Befragten als weniger wichtig erachtet werden. Sie stehen am unteren Ende in der Wichtigkeitsrangfolge. Ein Vergleich der Stuttgarter Daten mit bundesweiten Daten zeichnet ein ähnliches Bild dieser Rangfolge als auch der hohen Bedeutung der Familie und Kindern in der Bevölkerung. In einer zeitlichen Betrachtung dieser Daten seit Beginn der 80er-Jahre hat sich der hohe Stellenwert, der Familie und Kindern beigemessen wird, nicht wesentlich verändert. So gaben 1980 89 Prozent der Befragten an, dass Familie und Kindern wichtig für sie ist. Im Jahr 1998 lag dieser Anteil bei 87 Prozent<sup>2</sup>. Ein Ergebnis, dass sich sicherlich auch auf Stuttgart übertragen lässt.

Neben dieser persönlichen Wertschätzung gegenüber der Familie stellt die Frage nach der „Familienfreundlichkeit“ eine allgemeine Messgröße des wahrgenommenen Erscheinungsbild Stuttgarts dar. Hier summieren sich unterschiedliche Vorstellungen über die Kennzeichen von Familienfreundlichkeit innerhalb der Bevölkerung.

So mag für Familien mit kleinen Kindern das Angebot an Kindergärten, für Familien mit Kindern im Schulalter die Qualität der Bildungseinrichtungen und eine flexible Arbeitszeitregelung für berufstätige Eltern ein Kennzeichen von Familienfreundlichkeit sein<sup>3</sup>.

Abbildung 2: Wichtigkeit von Lebensbereichen 2001



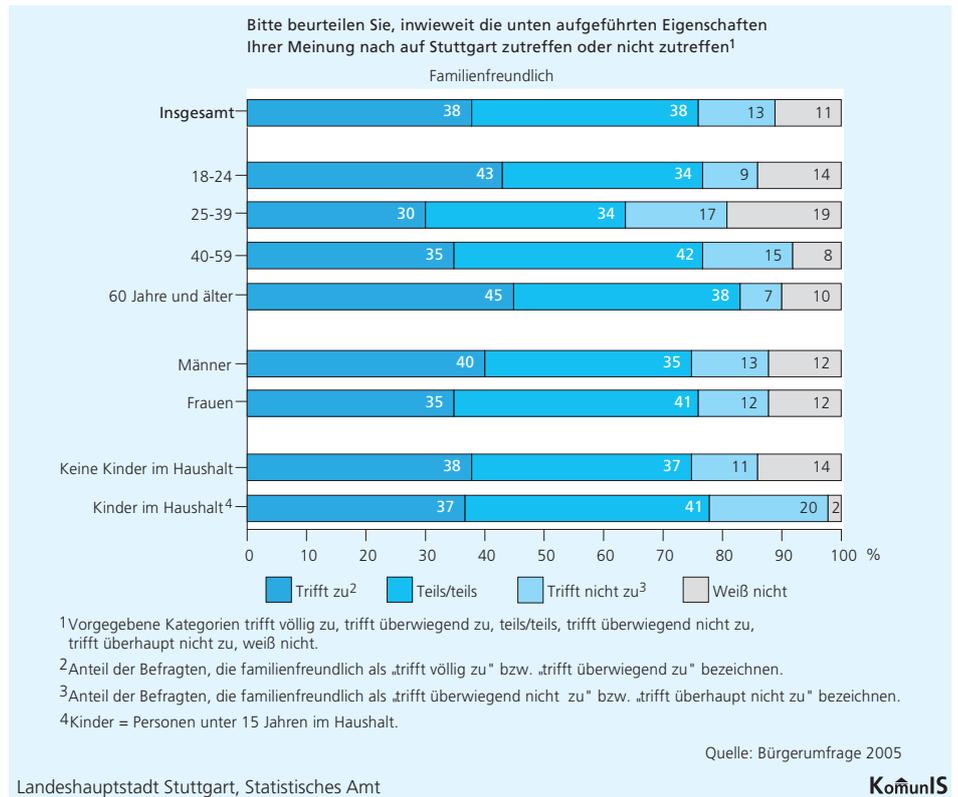
Familienfreundliches Stuttgart ja, aber auch viele Bürger indifferent

In einer allgemeinen Betrachtung fällt das Urteil der Stuttgarter zur Familienfreundlichkeit ihrer Stadt positiv aus. 38 Prozent bezeichnen diese Charakterisierung als völlig bzw. überwiegend zutreffend gegenüber 13 Prozent, die diese als überwiegend bzw. überhaupt nicht zutreffend bezeichnen (vgl. Abbildung 3). Die Unterschiede zwischen den Altersgruppen scheinen wesentlich über das Vorhandensein von Kindern vermittelt zu werden. Am kritischsten wird die Familienfreundlichkeit von der Altersgruppe der 25- bis 39-Jährigen bewertet, in der die aktive Elternschaft auch häufig vorkommt. Hier geben 17 Prozent der Befragten an, dass „familienfreundlich“ auf Stuttgart nicht zutrifft. Dies zeigt sich entsprechend bei einem Vergleich der Befragten mit und ohne minderjährigen Kindern im Haushalt. Ein Fünftel der Personen mit minderjährigen Kindern im Haushalt bezeichnet familienfreundlich als weniger zutreffend für Stuttgart.

Die eher geringe Variation in den Anteilen über die hier untersuchten Gruppen zeigt ein sehr homogenes Meinungsbild zur Familienfreundlichkeit Stuttgarts. Dabei muss beachtet werden, dass ein wesentlicher Anteil von Befragten, zwischen 34 und 42 Prozent, die Familienfreundlichkeit Stuttgarts als teilweise zutreffend bzw. nicht zutreffend beurteilt und damit eine indifferente Position einnimmt. Dass ein „mehr“ an Familienfreundlichkeit möglich ist, zeigt ein Vergleich mit den Ergebnissen der Freiburger Bürgerumfrage<sup>4</sup>. Im Erhebungsjahr 2003 bezeichneten 58 Prozent der Freiburger ihre Stadt als familienfreundlich gegenüber 38 Prozent der Stuttgarter.

Im Vergleich zu den Vorjahren ist allerdings eine signifikant positivere Bewertung der Familienfreundlichkeit in der Stuttgarter Bevölkerung von 53 im Jahr 1997 auf 58 Kommunalbarometerpunkte im Jahr 2005 festzustellen<sup>5</sup>. Dabei bedeutet ein Kommunalbarometerwert von 100 volle Zustimmung, ein Wert von 75 überwiegende Zustimmung und ein Wert von 50 teilweise Zustimmung.

Abbildung 3: Familienfreundliches Stuttgart 2005



### Wahrgenommene Problembereiche in Stuttgart

Der Frage nach den größten Problemen in Stuttgart kommt eine besondere Bedeutung im Hinblick auf das Erkennen von potenziellen politischen Handlungsfeldern zu. Wie in den Vorjahren rangieren die Bereiche Verkehr und Wohnen bei den Bürgern in der Problemwahrnehmung auf dem vorderen Platz (vgl. Tabelle 1). Dabei wird weniger das mangelnde Wohnungsangebot als vielmehr die als zu hoch erachteten Mieten als ein großes Problem erachtet. 60 Prozent der Bürger sehen die hohen Mietpreise, nach dem vielen Straßenverkehr, als eines der größten Probleme in Stuttgart an.

Tabelle 1: Wahrgenommene Problembereiche (sortiert nach Häufigkeit der Nennungen in %, Rang 1 bis 10), 2005

Gesamtbevölkerung	in %	Rang <sup>1</sup>	Kinder im Haushalt <sup>2</sup>	Vergleich zur Gesamtbevölkerung	
				in %	Rang-unterschied / Prozent-satz-differenz
Zu viel Straßenverkehr	67	1	Zu viel Straßenverkehr	68	0 / 1
Zu hohe Mieten	60	2	Zu hohe Mieten	67	0 / 7
Zu wenig Parkmöglichkeiten	57	3	Zu hohe Steuern/Abgaben/Gebühren	55	+ 1 / 4
Zu hohe Steuern/Abgaben/Gebühren	51	4	Umweltprobleme (Luft- und Wasserqualität, Lärm, Abfallproblem)	54	+ 2 / 4
Angespannte Finanz- und Haushaltslage der Stadt	50	5	Zu wenig Parkmöglichkeiten	52	- 2 / 5
Umweltprobleme (Luft- und Wasserqualität, Lärm, Abfallproblem)	50	6	Mangelhaftes Wohnungsangebot	47	+ 4 / 9
Unsicherheit in öff. Verkehrsmitteln (Belästigung, Raub, Vandalismus)	42	7	Angespannte Finanz- und Haushaltslage der Stadt	45	- 2 / 5
Mangelhafte Sauberkeit von Straßen und Grünanlagen	41	8	Zu wenig Kindergärten/-tagheime	45	+ 7 / 16
Unsicherheit auf den Straßen (Drogen, Raub, Vandalismus)	41	9	Unsicherheit in öff. Verkehrsmitteln (Belästigung, Raub, Vandalismus)	37	- 2 / 5
Mangelhaftes Wohnungsangebot	38	10	Arbeitslosigkeit	37	+ 1 / 0

<sup>1</sup> Insgesamt 26 Nennungen möglich.  
<sup>2</sup> Angaben der Befragten mit Kindern im Haushalt, Kinder = Personen unter 15 Jahren im Haushalt.

Quelle: Bürgerumfrage 2005  
 Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

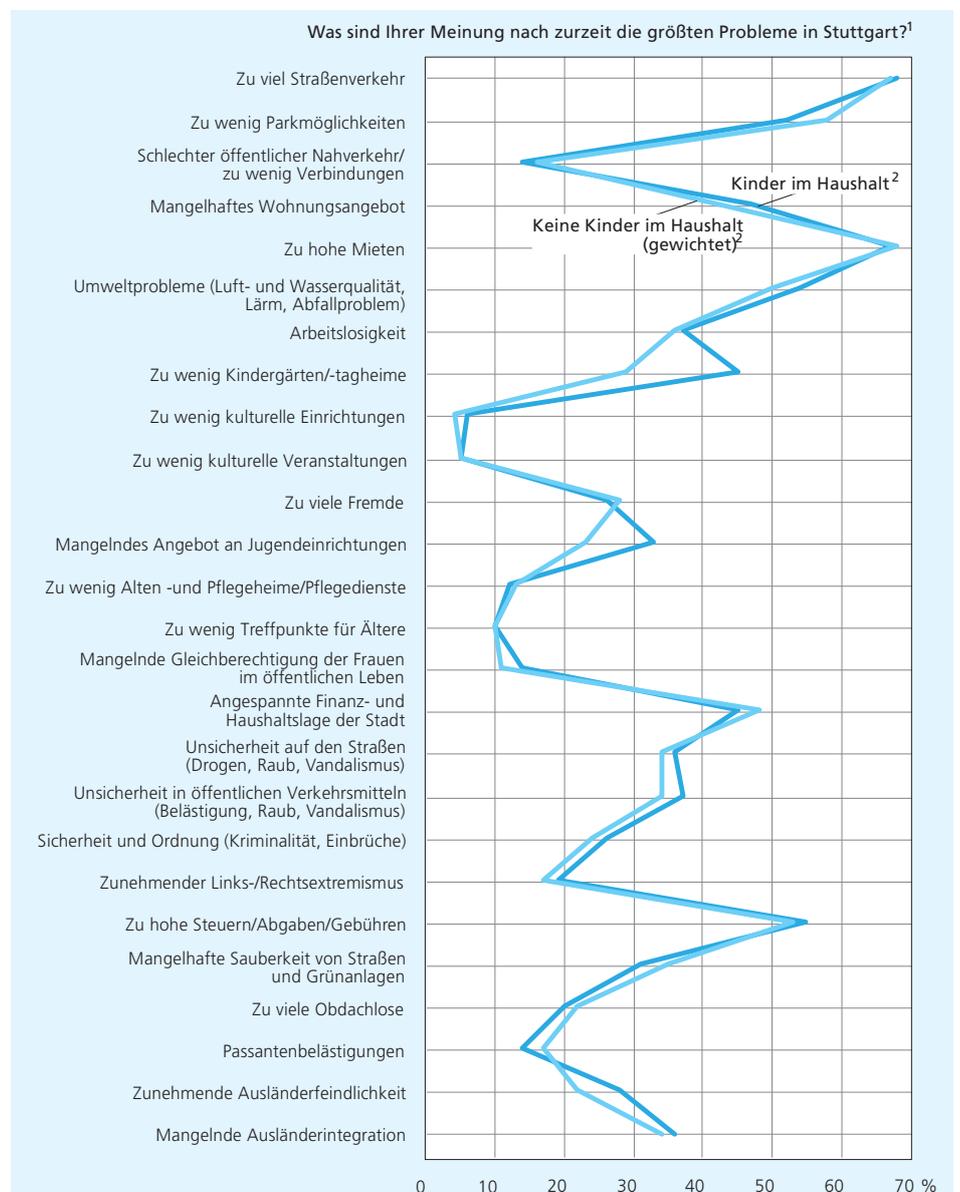
Wohnungs- und kinderbezogene Aspekte stehen bei Familien im Vordergrund

Betrachtet man das Ranking der Problemwahrnehmung bei den Befragten, die mit mindestens einem Kind unter 15 Jahren im Haushalt leben, zeigt sich eine Verschiebung zu wohnungs- und kinderbezogenen Aspekten. 47 Prozent der Personen mit Kinder(n) im Haushalt sehen ein mangelhaftes Wohnungsangebot als eines der größten Probleme in Stuttgart an. Ebenso rückt das Problem „zu wenig Kindergärten/-tagheime“ von Rangplatz 15 in der Gesamtbevölkerung auf Rangplatz 8 bei Befragten mit Kindern im Haushalt.

Die stärksten Unterschiede in der Problemwahrnehmung zwischen Befragten mit und ohne Kindern zeigen sich gerade hinsichtlich dieser, ihre jeweilige Lebenssituation betreffenden Aspekte. Deutlich häufiger als Problem genannt werden hier „zu wenig Kindergärten/-tagheime“ und das „mangelnde Angebot an Jugendeinrichtungen“ (vgl. Abbildung 4). Weitere nennenswerte, signifikante Unterschiede zwischen beiden Gruppen zeigen sich in der häufigeren Nennung eines mangelhaften Wohnungsangebotes und einer zunehmenden Ausländerfeindlichkeit.

Abbildung 4: Wahrgenommene Problembereiche nach Haushaltskonstellation 2005

192



<sup>1</sup>Angaben der Befragten, Kinder = Personen unter 15 Jahren im Haushalt.  
<sup>2</sup>Angaben altersspezifisch gewichtet: Um „Alterseffekte“ auszuschließen, die sich aus der unterschiedlichen Altersverteilung der beiden Gruppen ergeben, wurden die Befragten ohne Kinder im Haushalt mit der Altersverteilung der Befragten mit Kindern im Haushalt gewichtet. Diese Form der Gewichtung ermöglicht den direkten Vergleich der Anteilswerte zwischen beiden Gruppen.

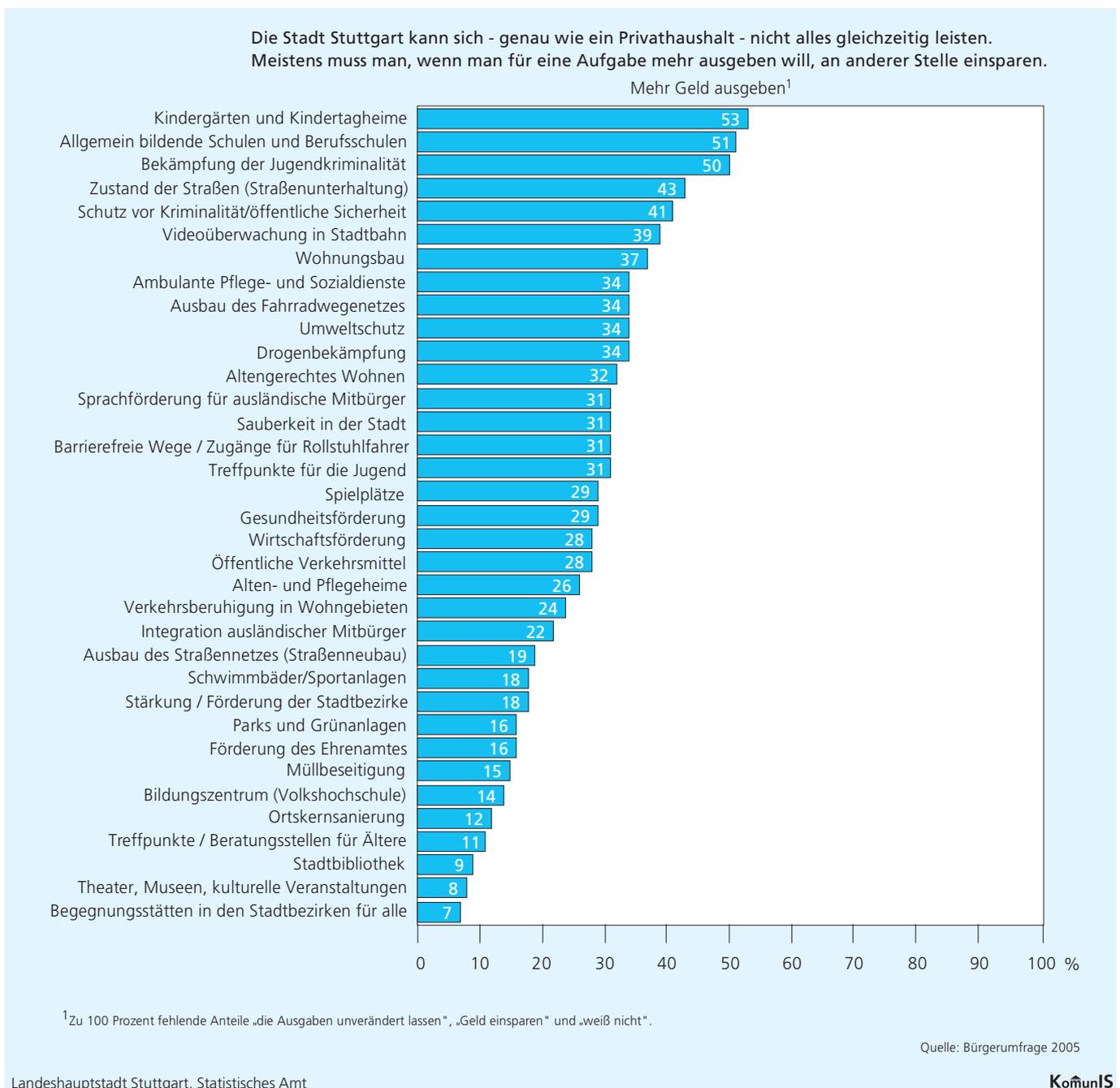
Quelle: Bürgerumfrage 2005

### Zur Bewertung von familien- und kinderbezogenen Haushaltsausgaben

Bürger favorisieren Status-quo-orientierte Ausgabenpolitik

Vor dem Hintergrund der hohen Bedeutung, die Familien und Kindern zugewiesen wird, kann vermutet werden, dass familienbezogene Maßnahmen eine breite Unterstützung in der Stuttgarter Bevölkerung finden. Ein Indikator, der die Akzeptanz von staatlichen Leistungen abbildet, ist die Frage nach Haushaltseinsparungen oder Mehrausgaben der Stadt für unterschiedliche Aufgabenbereiche<sup>6</sup>. Die in der Bürgerumfrage vorgelegten Items umspannen dabei alle wesentlichen kommunalen Tätigkeitsbereiche, unter anderem den Wohnungsbau, den Umweltschutz, und die Wirtschaftsförderung, aber auch familienbezogene Leistungen, wie Kindergärten und Kindertagheime. Die Bürgerumfrage zeigt, dass die Bürger insgesamt eine am Status-quo-orientierte Ausgabenpolitik favorisieren: So liegt der Zentralwert unter Berücksichtigung aller 35 Bereiche für den Anteil der Bürger, welche „die Ausgaben unverändert“ belassen wollen, bei 51 Prozent.

Abbildung 5: Städtische Ausgabenprioritäten 2005



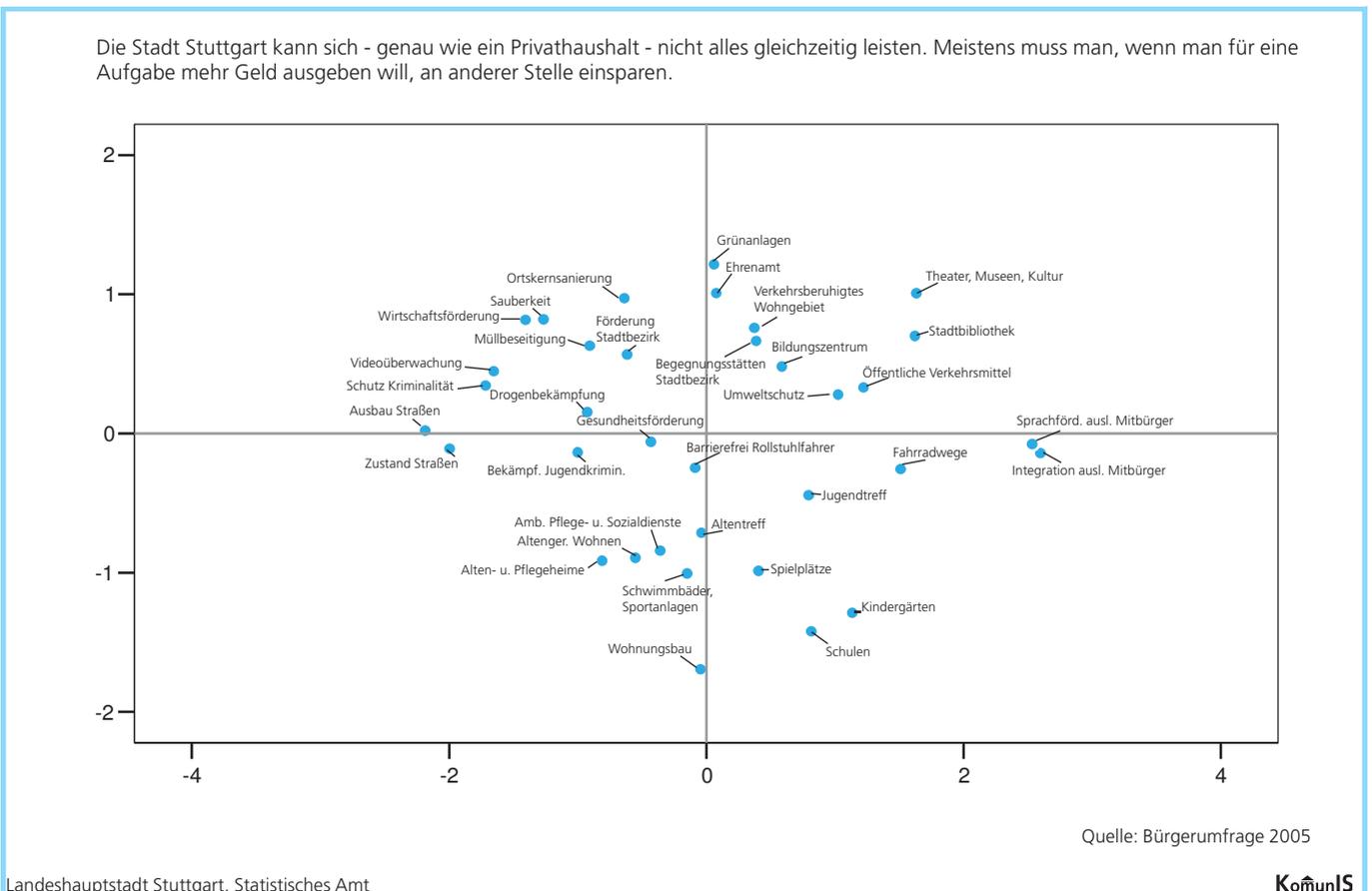
Eine besondere Notwendigkeit für Mehrausgaben sehen die Bürger bei Kindergärten und Kindertagesheimen. Hier fordern 53 Prozent mehr Ausgaben, 27 Prozent möchten die Ausgaben unverändert lassen und nur zwei Prozent geben an, dass die Ausgaben gekürzt werden sollen (vgl. Abbildung 5). Auch im Bereich der allgemein bildenden Schulen und Berufsschulen sowie der Bekämpfung der Jugendkriminalität sehen die Hälfte der Befragten einen Bedarf für höhere Ausgaben. Damit stehen zwei Items bei der Forderung nach Mehrausgaben an der Spitze, die einen unmittelbaren familienpolitischen Bezug aufweisen.

*Familienbezogene Ausgabenbereiche werden gebündelt und gleich bewertet*

In welchen Gesamtrahmen städtischer Ausgaben betten sich nun die familien- und kinderbezogenen Leistungen ein? Zur Aufdeckung der Struktur der Bewertungen der Haushaltsausgaben und zur Verdichtung der 35 Bereiche wurde eine Faktorenanalyse (Hauptkomponentenanalyse, Varimax-Rotation) durchgeführt. Betrachtet man deren Ergebnisse, dann zeigt sich, dass die Bürger bei ihrer Bewertung von Finanzausgaben einzelne Bereiche bündeln. Die Strukturierung der Finanzausgaben erfolgt einerseits nach Aufgabenbereichen wie öffentliche Sicherheit, Straßenverkehr oder Bildung und Kultur sowie andererseits nach Leistungen, die nur einzelne Gruppen, wie ältere Menschen oder Familien mit Kindern, betreffen<sup>7</sup>.

In Abbildung 6 ist die (zweidimensionale) räumliche Verortung der einzelnen Items dargestellt<sup>8</sup>. Hier zeigt sich, welche Bereiche ähnlich bewertet werden („Je kleiner der Abstand zwischen zwei Punkten, desto ähnlicher die Urteile“). Bei ähnlichen Urteilen geht die Forderung nach Mehrausgaben (bzw. Einsparungen) in einem Bereich, mit der Forderung nach Mehrausgaben (bzw. Einsparungen) im anderen Bereich einher. Beispielsweise finden sich ähnliche Urteile für „Altengerechtes Wohnen“, „Alten- und Pflegeheime“ und „Ambulante Pflege- und Sozialdienste“ im linken unteren Feld. Ebenso liegen die Items mit familienpolitischem Bezug wie „Spielplätze“ und „Kindergärten“ nah beieinander und werden ähnlich bewertet.

Abbildung 6: Einsparungen und Mehrausgaben 2005 (Multidimensionale Skalierung)



*Mehrausgabenwünsche für Schulen gehen mit Einsparurteilen beim Schutz vor Kriminalität einher*

Die Urteile der Befragten werden unterschiedlicher, je größer der Abstand zwischen zwei Punkten ist. Hier steht der Mehrausgabenwunsch in einem Bereich dem Einsparurteil in einem anderen gegenüber. So gehen etwa Mehrausgabenwünsche für Schulen oder Kindergärten mit Einsparurteilen beim Schutz vor Kriminalität oder der Videoüberwachung einher. Die Streuung der Punkte im Raum verdeutlicht, dass Ausgabenbereiche gegeneinander aufgerechnet werden und die Befragten bei ihrer Bewertung die Kosten für Mehrausgaben durchaus berücksichtigen. Diesem „gegeneinander Aufrechnen“ der Bereiche unterliegen sowohl Wert- als auch Interessenorientierungen der Bürger. Wesentlich scheint dabei zu sein, ob man (potenzieller) Leistungsempfänger ist und einem Bereich eine hohe Wertschätzung entgegenbringt.<sup>9</sup>

### Fazit

Die Ergebnisse auf Basis der Bürgerumfrage spiegeln die insgesamt hohe Bedeutung, die Familie und Kinder in der Stuttgarter Bevölkerung besitzen, wider. Diese zeigt sich nicht nur am Stellenwert von Familien und Kindern in der Stadtgesellschaft, sondern auch in den als erforderlich erachteten Ausgaben für diesen Bereich. Die Zuschreibung Familienfreundlichkeit wird von den Stuttgartern als überwiegend zutreffend bezeichnet, wobei sich aber ein fast ebenso großer Anteil der Bürger nicht klar positionieren kann. Gleichzeitig ist eine signifikante Verbesserung der Bewertung Stuttgarts als familienfreundliche Stadt in den letzten Jahren festzustellen. Bei der Betrachtung dieses gesamtstädtischen Meinungsbildes außen vor bleibt die Perspektive der Kinder und ihr alltägliches Erleben von Familien- und Kinderfreundlichkeit, die sich sicherlich in der inhaltlichen Bedeutung und Bewertung zur erwachsenen Bevölkerung unterscheiden dürfte.

- 1 Die Bürgerumfrage ist als Personenstichprobe angelegt. Jeder Befragte beschreibt hierbei seine eigene Lebenssituation. Mit den Angaben zum Geburtsjahr der Haushaltsmitglieder kann auf die Haushaltsgröße und das Alter weiterer Haushaltsmitglieder geschlossen werden. Da keine Angaben über die personalen Haushaltsstrukturen (Kind, Mutter, Vater usw.) vorliegen, wird bei den Analysen ein Kind über das Geburtsjahr, – in diesem Fall vor 1990 – definiert. Als Kriterium für die Altersabgrenzung von unter 15 Jahren gilt ein angenommener durch Eltern bzw. Institutionen zu leistender höherer Betreuungsaufwand.
- 2 Eigene Berechnungen auf Basis der kumulierten „Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften“ (ALLBUS) aus den Jahren 1980-2004 für Westdeutschland (gewichtete Daten). Der gleiche Fragenkomplex zur Wichtigkeit der einzelnen Lebensbereiche wurde von 1980 bis 1998 auf einer 7-stufigen Skala von sehr wichtig bis unwichtig im ALLBUS erhoben. Zum Vergleich mit der Stuttgarter Bürgerumfrage wurden die Anteilswerte der 7er-Skala von 5 bis 7 zusammengefasst. Die ALLBUS-Daten sind beim Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung (Köln) erhältlich.
- 3 Als zwei wesentliche Kennzeichen einer kinderfreundlichen Gesellschaft werden nach einer bundesdeutschen Online-Befragung ein ausreichendes Betreuungsangebot und flexible Arbeitszeitmodelle für Erziehende angesehen (vgl. Perspektive-Deutschland (2004): Projektbericht Perspektive Deutschland 2003/2004. S. 63-64).
- 4 Vgl. Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung (Hrsg.): Bürgerumfrage 2003 in Freiburg. Beiträge zur Statistik der Stadt Freiburg im Breisgau, 2005, S. 2\*.
- 5 Der Mittelwertsunterschied ist signifikant auf dem 5%-Niveau.
- 6 Folgt man der Gliederung wohlfahrtsstaatlicher Einstellungen, dann reflektiert die Frage nach den öffentlichen Haushaltsausgaben die Bewertung der Ziele des Wohlfahrtsstaates. Mit Zielen ist dabei die Erwünschtheit staatlichen Handelns bei den Bürgern gemeint. Die Stärke der Erwünschtheit staatlichen Handelns wird dann an der Bewertung der Leistungshöhe für verschiedene Bereiche gemessen (vgl. Roller, E. (1992): Einstellungen der Bürger zum Wohlfahrtsstaat der Bundesrepublik Deutschland. Opladen).
- 7 Bezeichnungen der Dimensionen nach Ergebnissen der Faktorenanalyse (Hauptkomponentenanalyse, Varimax-Rotation). Nur Werte über 0.50 werden als die Dimension bestimmend interpretiert. Zahlen in Klammern bezeichnen die Faktorladungen: Kriminalität und öffentliche Sicherheit: Schutz vor Kriminalität und öffentliche Sicherheit (.748), Bekämpfung der Jugendkriminalität (.746), Drogenbekämpfung (.728), Videoüberwachung in Stadtbahn (.578). Ältere Menschen: Altengerechtes Wohnen (.822), Alten- und Pflegeheime (.798), Ambulante Pflege- und Sozialdienste (.735), Treffpunkte/Beratungsstellen für Ältere (.572), Barrierefreie Wege/Zugänge für Rollstuhlfahrer (.292). Familien und Kinder: Spielplätze (.707), Kindergärten und Kindertagesheime (.669), Allgemeinbildende Schulen und Berufsschulen (.595), Schwimmbäder/Sportanlagen (.521), Treffpunkte für die Jugend (.493). Öffentliche Ordnung und Umwelt: Müllbeseitigung (.725), Sauberkeit in der Stadt (.679), Parks und Grünanlagen (.543), Umweltschutz (.438), Gesundheitsförderung (.348). Stadtbezirke: Stärkung und Förderung der Stadtbezirke (.632), Förderung des Ehrenamts (.603), Begegnungsstätten in den Stadtbezirken für alle (.494), Ortskernsanierung (.469), Verkehrsberuhigung in Wohngebieten (.376). Ausländer: Integration ausländischer Mitbürger (.898), Sprachförderung für ausländische Mitbürger (.891). Bildung und Kultur: Stadtbibliothek (.759), Theater, Museen, kulturelle Veranstaltungen (.661), Bildungszentrum (Volkshochschule) (.648). Straßenverkehr: Ausbau des Straßennetzes/ Straßenneubau (.746), Zustand der Straßen (Straßenunterhaltung) (.702). Öffentlicher Nahverkehr und Fahrrad: Öffentliche Verkehrsmittel (.731), Ausbau des Fahrradwegenetzes (.646). Wohnen: Wohnungsbau (.761), Wirtschaftsförderung (.359).
- 8 Die räumliche Analyse wurde mit Hilfe einer Multidimensionalen Skalierung (MDS) durchgeführt, der eine transformierte Korrelationsmatrix zugrunde liegt: Die Korrelationsmatrix basiert auf dem Pearsonschen Korrelationskoeffizient (r). Ein positiver Korrelationskoeffizient r weist auf einen Zusammenhang der Art hin, dass eine Forderung nach mehr Geld ausgeben (Geld einsparen) in einem Bereich, mit der Forderung nach mehr Geld ausgeben (Geld einsparen) in einem anderen Bereich einhergeht. Ein negativer Wert von r bedeutet, dass mehr Geld ausgeben (Geld einsparen) in einem Bereich mit Geld einsparen (mehr Geld ausgeben) einhergeht. Wenn r gegen Null tendiert, besteht kein Zusammenhang zwischen den Bereichen. Die Korrelationskoeffizienten wurden in Distanzwerte transformiert (1-r), so dass große negative Korrelationen große Distanzen bedeuten. Positive Korrelationen erhalten Werte zwischen 0 und 1, negative Korrelationen erhalten Werte zwischen 1 und 2. Der MDS liegt als Skalierungsmodell der Euklidische Abstand zugrunde. Aus der Analyse ausgeschlossen sind Befragte, die „weiß nicht“ angegeben haben.
- 9 Vgl. Lengerer, A. (2004): Zur Akzeptanz von Familienpolitik. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 29, 3-4/2004, 387-420.